

Safra greift bei Bank Sarasin nach der Alleinherrschaft

Der brasilianische Milliardär verärgert die Aktionäre im Basler Daig



Zurückgetretener VR Ammann (l.), Bankier Safra: 1,05 Milliarden Franken gezahlt



FOTOS: GAETAN BALLY, IMAGO

VON GUIDO SCHÄTTI
UND MARTINA WACKER

BASEL Der brasilianische Bankier Joseph Safra will beim Basler Bankhaus Sarasin die ganze Macht. Wie Recherchen der SonntagsZeitung zeigen, provozierte Safras Machtanspruch den Eklat im Verwaltungsrat vergangene Woche mit den Rücktritten der beiden unabhängigen Mitglieder Christoph Ammann und Peter Derendinger. Die Minderheitsaktionäre will Safra mit dem gesetzlichen Minimalangebot für ihre Aktien abspesen. Damit sorgt er bei den langjährigen Aktionärsfamilien im Basler Daig für nachhaltige Verärgerung.

Beleg für Safras Absichten liefern die Nominierungen für den neuen Verwaltungsrat, welche die Bankengruppe am Freitag nach Börsenschluss bekannt gab. Fünf von acht Verwaltungsräten stehen neuerdings direkt in Safras Sold. Als Statthalter des Patriarchen fungiert Safras Sohn Jacob, der in Genf ansässig ist und das Amt des Verwaltungsratspräsidenten übernehmen dürfte.

1,05 Milliarden Franken wirft Safra für die Übernahme der Kontrollmehrheit der niederländischen Rabobank an Sarasin auf. Da erstaunt es wenig, dass er in

Basel ein gewichtiges Wort mitreden will. Kritiker werfen ihm aber vor, seinen Anspruch zu überdehnen. Safra hält zwar zwei Drittel der Stimmen, aber nur 46 Prozent des Kapitals. Die Rabobank delegierte in den vergangenen Jahren nur zwei direkte Abgesandte in den bis anhin sechsköpfigen Verwaltungsrat. Eine solche Zurückhaltung liegt Safra fern.

Der Brasilianer könnte Sarasin von der Börse nehmen

Gleichzeitig will Safra den Minderheitsaktionären laut Informationen der SonntagsZeitung beim Pflichtangebot nur den gesetzlichen Mindestpreis von 27 Franken pro B-Aktie offerieren, während die Rabobank 36 Franken erhielt. Langjährige Basler B-Aktionäre empfinden dies als Affront und werden ihre Papiere wohl aus Verärgerung abstossen. Zum Schnäppchenpreis könnte Safra damit sogar zu einer 100-Prozent-Mehrheit an Sarasin kommen und das Unternehmen von der Börse nehmen. Das definitive Angebot folgt nach dem Abschluss des Rabobank-Deals im Juli.

Das Zerwürfnis zwischen den bisherigen Verwaltungsräten um Ammann und dem neuen Besitzer stellt auch die Zukunft von

CEO Joachim Strähle infrage. «Ammann hat ihm stets die Stange gehalten und war sein wichtigster Fürsprecher», sagen Insider. So auch im letzten Sommer, als Strähle angeblich auf einer privaten Reise in die USA von amerikanischen Behördenmitgliedern festgehalten und über sein US-Geschäft befragt worden sein soll.

Die Geschichte sollte offenbar unter dem Deckel bleiben, um den damals laufenden Verkaufsprozess von Sarasin nicht zu gefährden. Monatelang stritt die Bank ab, dass ihr Chef in den USA zum heiklen grenzüberschreitenden Geschäft aussagen musste, hat entsprechende Medienberichte aber bis heute nicht demontiert.

Währenddessen wuchs das Misstrauen des Mutterhauses, der niederländischen Rabobank, gegenüber der Sarasin-Spitze. Das Fass zum Überlaufen brachte schliesslich der Umstand, dass sich Strähle zusammen mit Ammann vehement gegen eine Übernahme durch die Rivalin Julius Bär wehrte und dies publik wurde. «Seither ist die Rabobank auf Strähle und Ammann schlecht zu sprechen», sagen zwei mit Sarasin vertraute Banker unabhängig voneinander. Laut anderen Stim-

men hat sich das Management inzwischen jedoch hinter Safra gestellt und mit dem neuen Besitzer arrangiert. Ammann sei zuletzt isoliert gewesen.

Nach dem Deal sämtliche Gehaltsansprüche ausgezahlt

Obwohl Strähle mit Sarasin alt werden möchte, wie er nach der Bekanntgabe der Safra-Übernahme der «Basler Zeitung» sagte, wäre er bei einem frühzeitigen Abgang zumindest finanziell abgesichert. Wie aus dem Geschäftsbericht von Sarasin zu entnehmen ist, enthält der Arbeitsvertrag mit einem Mitglied der Geschäftsleitung eine Kontrollwechselklausel. Demnach stehen Strähle bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses eine Entschädigung in der Höhe von einhalb Jahresgehältern zu. In seinem Fall sind das 1,65 Millionen Franken.

Auch sonst profitierte das Management vom Safra-Deal. Sarasin zahlte im Februar sämtliche Gehaltsansprüche in gesperrten Aktien auf einen Schlag aus und schüttete 21,3 Millionen Franken in bar über das Management um Strähle aus. Die Aktien wurden zum damaligen Marktpreis von 28 Franken vergütet. Heute sind sie nur noch 26,35 Franken wert.



BRUNO S. FREY

Finanzkrise und Kulturmanagement

Griechenland steht im Zentrum der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Konjunkturlage ist schlecht, und das Land hängt am Tropf der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds. Die staatlichen Behörden sollten deshalb besondere Anstrengungen unternehmen, den für Griechenland lebenswichtigen Tourismus zu fördern. Die Besucher kommen wegen der Sonne, der schönen Strände und vor allem auch wegen der Kultur. Aber weit gefehlt: Die staatliche Bürokratie und die verkrustete Politik versäumen es, mehr Touristen anzulocken und sie zu höheren Ausgaben zu bewegen. Soeben komme ich von einem Aufenthalt auf Rhodos zurück. In dessen Altstadt gibt es viele antike und mittelalterliche Sehenswürdigkeiten. Die meisten Touristen wohnen in den grossen Hotels an den Stränden ausserhalb der Stadt. Sie strömen gegen Abend in die berühmte Altstadt und werden von den Besitzern und Angestellten der Souvenirläden und Restaurants emsig und mit grosser Freundlichkeit umworben.

Ganz anders der griechische Staat. Er kümmert sich wenig um die Anliegen der Touristen. Viele wichtige Gebäude und Kirchen wurden zwar mit EU-Geld renoviert, sind aber nicht zugänglich. Die staatlichen Museen und der Grossmeisterpalast sind ab 15 Uhr geschlossen (falls sie überhaupt öffnen), lange bevor die sonnenhungrigen Besucher in der Stadt sind. Ausstellungen bleiben monatelang ohne Begründung zu.

Die staatlichen Angestellten sind häufig ausgesprochen unfreundlich. Mit diesem Verhalten gehen bedeutende Einnahmequellen verloren. Wie lässt sich dieser Unterschied zwischen privatem und öffentlichem

Verhalten erklären? Die Griechen sind keineswegs faul: Im privaten Bereich sind sie ausgesprochen arbeitsam. Es ist der öffentliche Sektor, der nicht funktioniert. Der wichtigste Grund ist die extreme Zentralisierung aller staatlichen Belange.

Die Lösung: Der griechische Staat sollte entschieden dezentralisiert werden. Jede Region sollte eigene Steuern erheben und ihre Ausgaben selbst bestimmen sowie Gesetze und Verordnungen selbst festlegen können. Damit würde ein unmittelbarer Anreiz geschaffen, das Kulturangebot aktiv zu vermarkten, indem auf die Bedürfnisse der Touristen eingegangen wird. Staatliche Dezentralisierung wird jedoch nicht erwogen. Wer hat schon gehört, dass weitere Milliarden nur fliessen, wenn föderalisiert wird? Eine solche Reform des Staates würde die hohen Defizite im griechischen Staatshaushalt erfolgreich angehen.

Bruno S. Frey lehrt an der University of Warwick und am Crema – Center for Research in Economics, Management and the Arts

▶ FORTSETZUNG VON SEITE 49

«CS und UBS stehen im Tanga da»

der Banken zum Kapitalaufbau. Jetzt kommt die SNB und macht viel härtere Auflagen. Da ist es nachvollziehbar, dass die Banken verärgert sind.

Das Vorgehen und die Kommunikation sind für mich Nebenschauplätze. Die Frage der Eigenmittel ist von einer derartigen Tragweite, dass man bei der B-Note einen Abstrich in Kauf nehmen kann. **Wie wichtig ist es für die Schweiz, zwei Grossbanken zu haben, die global in der 1. Liga spielen?**

Natürlich kann die internationalisierte Schweizer Wirtschaft mit Dorfbanken allein nicht florieren. Aber ob die Banken wirklich so gross und so organisiert sein müssen, wie sie es heute sind, ist eine

offene Frage. Unternehmer beklagen zudem, dass die Grossbanken an klassischen Handelsgeschäften nicht sonderlich interessiert seien.

Wie sehen Sie die Zukunft des Finanzplatzes?

Der Bankensektor hatte historisch zwei Höhepunkte, 1927 und 2007. Heute ist er noch immer aufgebläht. Er wird international schrumpfen, und er wird in der Schweiz schrumpfen. Heute steht ein Dutzend Schweizer Banken zum Verkauf, aber aus Angst vor Altlasten will sie niemand übernehmen. Die Redimensionierung hat erst begonnen. Die Krise ist dann vorbei, wenn ein Sekundarlehrer wieder gleich viel verdient wie ein Bankprokurist.

Stellenanzeigen werden zunehmend mobil

Bewerbungen per Post nach wie vor beliebt

ZÜRICH Auch der Stellenmarkt wird zunehmend online: Mobile Recruiting nennt sich der Trend. 70 Prozent der Smartphone-Nutzer würden mobile Stellenanzeigen nutzen, stünden diese zur Verfügung. Zu diesem Schluss kommt der Trend Report der Prospective Media.

Gemäss der Studie haben 18 Prozent bereits eine Job-App heruntergeladen – aber erst knapp 2 Prozent der Arbeitgeber nutzen eine mobile Applikation, um eine Stelle auszusuchen. Immerhin jeder Fünfte hat schon einmal ein Job-Angebot entdeckt, das ein Freund auf Facebook oder

Twitter geteilt hat. Obwohl sich die Befragten gegenüber mobilen Kanälen offen zeigen, wird in der Untersuchung auch klar: Rekrutierung erfolgt noch vorwiegend über traditionelle Kanäle wie Zeitungen, Online-Stellenbörsen und Firmen-Websites. Dazu passt, dass die meisten Bewerbungen nach wie vor klassisch per Post verschickt werden. 75 Prozent der Teilnehmer nutzen die postalische Bewerbung gern.

Am Trend-Report nahmen 1206 Arbeitnehmer an der Online-Befragung teil. 273 Arbeitgeber füllten den Fragebogen aus. NICOLE KIRCHER

Asut: Auch Ascom tritt aus Branchenvereinigung aus

Exodus beim Telecomverband hält an

BERN Der Aderlass beim Telecom-Branchenverband Asut geht weiter: Gemäss Informationen der SonntagsZeitung tritt mit Ascom erneut ein bekanntes Unternehmen aus dem Verband aus. Ascom-Generalsekretär Daniel Lack bestätigt den Rückzug. Die Neuausrichtung des Unternehmens habe zu diesem Schritt geführt, so Lack.

Der Entscheid von Ascom kommt für die Asut äusserst ungelegen. Anfang April gaben bereits Orange, Sunrise und Cablecom ihren Austritt bekannt. Sie kritisierten die Ausrichtung der Asut, die zu stark die Interes-

sen von Marktleaderin Swisscom wahrnehme. Auch der neue Präsident Peter Grütter galt in der Branche als Swisscom-freundlich. Im Mai folgte mit der Bieler Telecomfirma Finecom dann ein weiterer Rückzug. Gut möglich, dass der Asut in den nächsten Tagen noch weitere Kündigungen ins Haus flattern: Die Frist für Austritte läuft noch bis Ende Monat. Es ist derzeit offen, ob die Abtrünnigen stattdessen beim Verband ICT Switzerland Unterschlupf suchen. Dieser wird ab 2013 nicht nur Verbände, sondern auch Einzelfirmen als Mitglieder aufnehmen. NICOLE KIRCHER